

Das gewaltsame Ende des Prager Frühlings

Beim Einmarsch in die Tschechoslowakei waren faktisch keine DDR-Truppen beteiligt

Da die Archive in Prag und Moskau inzwischen zugänglich sind, lassen sich die Ereignisse in den Machtzentrum des kommunistischen Blocks rekonstruieren, die zum gewaltsamen Ende des Prager Frühlings führten .

Aus den Akten und Protokollen der DDR-Führung ist ersichtlich, wie sehr die SED die Entwicklung eines sozialistischen Reformmodells als Existenzbedrohung empfunden hat. Doch am Einmarsch in der Nacht von 20. auf 21. August 1968 war die NVA, von einer Gruppe Funker abgesehen, nicht beteiligt.

Es ist kurz vor 22 Uhr an diesem Dienstag im August 1968, als sich in der Dämmerung ein sowjetisches Flugzeug dem Prager Flughafen Ruzyně nähert und um Landeerlaubnis bittet. Kaum ist die Maschine ausgerollt, springen Soldaten auf das Vorfeld, stürmen auf den Tower zu und besetzen die Abfertigungshalle.

Im Minutentakt landen sowjetische Militärtransporter, spucken Soldaten und Panzerwagen aus. Um Mitternacht fallen Divisionen aus der Sowjetunion und Einheiten aus Polen, Ungarn und Bulgarien in das 'sozialistische Bruderland' Tschechoslowakei ein. In sechsunddreißig Stunden ist das gesamte Land besetzt. Die Invasionsstreitmacht wächst auf eine halbe Million Soldaten mit 7.500 Panzern an. Das Ende des Prager Frühlings ist besiegelt.

Die Hoffnung auf einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz hatte Tschechen und Slowaken mit Begeisterung erfüllt und zu einer bislang nicht gekannten Übereinstimmung zwischen kommunistischer Staatsführung und Volk geführt.

Die Besonderheit des Prager Frühlings war - im Gegensatz zum Volksaufstand 1956 in Ungarn - , daß die Reform des sozialistischen Modells von der Parteispitze selbst eingeleitet wurde.

Für das Verständnis des Prager Frühling ist wichtig zu wissen, dass die KPTsch bei den ersten demokratischen Nachkriegswahlen 1946 mit 38 % stärkste Partei wurde. Benes suchte nach den Erfahrungen mit dem Münchener Abkommen von 1938 die Sicherung der staatlichen Souveränität im Bündnis mit der Sowjetunion. Das Verhältnis war unbelastet, da die Rote Armee keine Besatzungstruppen in der Tschechoslowakei zurückließ.

1948 übernahm die KPTsch nach dem Rücktritt der nichtkommunistischen Minister die alleinige Macht. Staat und Wirtschaft wurden nach dem sowjetischen Modell umgestaltet.

Mit politischen Schauprozessen wurde die Opposition ausgeschaltet. Auch slowakische Kommunisten mussten sich mit dem Vorwurf des Nationalismus vor der politischen Justiz verantworten. Zweihunderttausend Menschen landeten im Gefängnis. Zwischen 1951 und '54 wurden 148 Todesurteile vollstreckt. Chruschtschows Entstalinisierung schwappte 1961 auf die Tschechoslowakei über. Kritik wurde am Vorgehen der fünfziger Jahre laut. Die KPTsch-Führung setzte eine Kommission ein, um die politischen Prozesse zu untersuchen. Viele Verurteilte kamen frei.

Ab 1962 stagnierte die wirtschaftliche Produktion. Während die Schwerindustrie im Rahmen der Arbeitsteilung im Ostblocks massiv ausgebaut worden war, litt die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern. Im Vergleich mit dem Westen geriet die Ökonomie der CSSR immer mehr ins Hintertreffen.

Der Ökonom Ota Sik tritt für eine Demokratisierung der Planwirtschaft ein, um den Bedürfnissen der Bevölkerung besser gerecht zu werden. Er plädiert für die Loslösung der Wirtschaft von politischen Direktiven. Im Juni 1967 kommt es auf dem Kongress des Schriftstellerverbandes zur Konfrontation mit den Parteibürokraten. Öffentlich wird Kritik an Regierung und Parteiführung geübt und Pressefreiheit gefordert. Die Hardliner im Präsidium der Partei toben. Jiri Hendrych, ZK-Sekretär für Kultur, lässt die Zeitschrift des Schriftstellerverbandes 'Literarni Noviny' verbieten.

Doch innerhalb der Parteiführung formiert sich bereits eine Minderheit um den Slowaken Alexander Dubcek gegen den Stalinismus Novotnys. Ende Oktober '67 bewegen sich die Studenten auch in Prag. Sie demonstrieren in der Innenstadt gegen die ständigen Stromausfälle und die schlechten Heizungen in ihren Studentenheimen. Novotny lässt die Demonstranten auseinander knüppeln.

Dubcek fordert nun, dass Novotny von einer seiner beiden Funktionen als Staatspräsident und Parteivorsitzender zurücktreten soll.

Novotny schlägt Breschnew als Vermittler vor. Breschnew kommt am 8. Dezember '67 nach Prag. Er gewinnt den Eindruck, Novotny ist nicht mehr zu halten und reiste mit den Worten ab: „Eto wasche djelo - Das ist eure Sache“. Eine rein taktische Aussage, denn nur wenig später beginnt er sich massiv in die inneren Verhältnisse der CSSR einzumischen.

Die meisten Historiker sehen den Beginn des Prager Frühlings in der Wahl von Alexander Dubcek zum 1. Sekretär vom Präsidium des Zentralkomitees am 5. Januar 1968. Novotny bleibt noch Staatspräsident. Mit Alexander Dubcek kommt ein Idealist an die Spitze der Partei, der an den Sozialismus als beste Gesellschaftsform glaubt.

Dubcek lässt die Pressezensur lockern. Der Schriftstellerverband darf eine neue Zeitschrift gründen. 'Literarni listy' wird zur Diskussionsbühne der Demokratisierung. Dubceks Reformbestrebungen stehen von zwei Seiten unter Druck. Die konservativen Kommunisten im Zentral Komitee und in der Nationalversammlung wollen strukturelle Veränderungen verhindern. Doch die Öffentlichkeit fordert, unterstützt durch die Presse, schnelle Veränderungen.

Breschnew und Ulbricht beobachten mit wachsendem Misstrauen die Entwicklung. Die Prager Reformer glauben mit etwas Naivität, durch Erfüllen der außenpolitischen Verpflichtungen im Warschauer Pakt, genug Spielraum für die Entwicklung eines eigenen Sozialismusmodells zu erhalten.

Im März '68 sickert durch, dass Novotny die Verhaftung des Reformflügels geplant hat und eine Liste mit 1030 Namen existiert. General Janko sollte mit seiner Panzerdivision die Verhaftungen ausführen. Janko begeht nach der Veröffentlichung Selbstmord. Novotny muß von seinem Präsidentenamt zurücktreten. Die Nationalversammlung wählt Ludvik Svoboda zum neuen Staatspräsidenten. Svoboda erlässt eine Amnestie für über tausend politische Gefangenen.

Dubcek gewährt der Presse Einblick in die Sitzungen des Zentralkomitees und kann so die konservativen Kommunisten in Schach halten.

Der neue Innenminister Josef Pavel nimmt personelle Veränderungen im Staatssicherheitsdienst vor. Das ärgert die Sowjets besonders, denn bisher wurde die tschechoslowakische Geheimpolizei vom KGB dirigiert.

In Ostberlin beschließt die SED-Spitze, regelmäßige Berichte über die weitere Entwicklung im Nachbarland anfertigen zu lassen. Die Sowjet beginnen Druck auf die Prager Reformer ausüben. Brechnew lädt die Führungsspitze der KPTsch unter dem Vorwand wirtschaftlicher Konsultationen zu einem Treffen mit den Warschauer Pakt Staaten Ende März nach Dresden ein. Rumänien erhält keine Einladung. Breschnew fürchtet, die Tschechoslowakei könnte mit Rumänien und Jugoslawien ein Bündnis eingehen.

In Dresden fühlen sich Dubcek und seine mitreisenden Genossen vor ein Tribunal gestellt. Breschnew und Ulbricht sprechen von revisionistischen und sozialdemokratischen Tendenzen in der CSSR und sehen eine vom Westen unterstützte Konterrevolution heraufziehen. Ulbricht will eine Annäherung der Tschechoslowakei an Westdeutschland verhindern. Nur der ungarische Parteichef Kadar gesteht den Tschechen und Slowaken die eigene Lösung ihrer innenpolitischen Probleme zu. Drei Tage nach dem Dresdener Treffen attackiert SED-Chefideologe Kurt Hager öffentlich den Prager Minister für Forst- und Wasserwirtschaft, Josef Smrkovsky. Smrkovsky hat im westdeutschen Fernsehen das Modell eines Sozialismus mit demokratischen Freiheiten erläutert. Damit ist auch das starre DDR-System in Frage gestellt.

Anfang April verabschiedet das Zentralkomitees der KPTsch das berühmte Aktionsprogramm. Die Wirtschaft soll von politischen Direktiven befreit werden. Betriebsräte erhalten Mitentscheidungsrechte und private Kleinbetriebe sollen zugelassen werden. Die Freiheit von

Kultur, Wissenschaft und Presse wird anerkannt sowie das Recht auf Versammlung und Vereinigung. Die Bürger dürfen frei ins kapitalistische Ausland reisen. Auch das Verhältnis zwischen Tschechien und der Slowakei soll auf förderativer Basis neu geregelt werden. Die Regierung erhält den Auftrag, entsprechende Gesetzesänderungen vorzubereiten. Für die Umsetzung des Aktionsprogramms ist ein Zeitraum von zwei Jahren vorgesehen.

Gleichzeitig macht das ZK deutlich, dass die Tschechoslowakei an ihren militärischen Bündnisverpflichtungen und der Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Staaten festhält. So werden auch weiterhin an der bayerischen Grenze gefaßte ostdeutsche Flüchtlinge an die DDR ausgeliefert.

Doch für die Sowjet ist nun klar, wohin die Entwicklung läuft. Das Politbüro sieht die führende Rolle der Partei in Staat und Gesellschaft bedroht und damit die Grundlage für die Diktatur des Proletariats. Mitte April beginnt der Stab der Roten Armee in Legnica (Polen) mit der Ausarbeitung eines Planes zur militärischen Niederschlagung des Prager Frühlings.

Ende April drängen die Sowjets auf ein Militärmanöver des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei. Die Prager Führung steckt in der Zwangslage ihre Bündnisverpflichtungen unter Beweis stellen zu müssen und stimmt einem Stabsmanöver zu.

Die SED-Führung versucht die Verbreitung des Aktionsprogramms in der DDR zu verhindern. Stasiminister Mielke lässt führende Persönlichkeiten der Tschechoslowakei aushorchen. Sie werden klassifiziert in „gesunde und positive“ sowie „antisozialistische und revisionistische Kräfte“. Die Dossiers dienen nach dem Einmarsch als Grundlage für Säuberungen.

Bereits im April fordert Drahomir Kolder, Mitglied im ZK der KPTsch, die Sowjets in geheimen Gesprächen zur Einmischung auf. Die Kluft zwischen den Flügeln in der Führung der KPTsch vergrößert sich. Dubcek erhofft sich von der Einberufung eines Sonderparteitages für September und der Neuwahl des Zentralkomitees endgültige Verschiebung der Machtverhältnisse.

Doch der Demokratisierungsprozess hat sich längst wild wuchernd verselbständigt. Es bilden sich unabhängige Jugendverbände, Studentenvereinigungen und Gewerkschaften. Auch die Kirche zeigt neu erwachtes Selbstbewusstsein. Die Gründung einer sozialdemokratische Partei steht bevor. Im Club K-231 - benannt nach einem Staatsschutzparagraphen - schließen sich ehemalige politische Gefangene zusammen. Und der Club der engagierten Parteilosen KAN gewinnt immer mehr an Einfluss.

Touristen strömen aus Österreich und Westdeutschland über die Grenze, um die neue Freiheiten im Sozialismus zu bewundern. Aber auch Zehntausende Jugendlicher aus der DDR zieht das liberale Klima nach Prag.

Die 1. Maidemonstration ist in Prag erstmals kein von der Partei verordneter Aufmarsch, sondern ähnelt mehr einem Happening. Eine einzelne mitgeführte amerikanische Flagge brachte Breschnew schier aus dem Häuschen: „Wollen denn diese Demonstranten, dass sich das tschechische Volk unter amerikanische Herrschaft stellen soll?“

Mitte Juni beginnt die Stabsübung des Warschauer Paktes in der CSSR. Doch die Sowjet rücken mit 16.000 Soldaten ein. Der sowjetische Stab nimmt Quartier in Milovice, 40 Kilometer nördlich von Prag. Das weitläufige Militärgelände scheint ihnen gut gefallen zu haben, denn bei der Invasion schlagen sie hier wieder ihr Hauptquartier auf.

In dieser angespannten Lage veröffentlichen am 27. Juni der Schriftsteller Ludvik Vaculik und weitere 67 Künstler ihr legendäres ‘Manifest der 2000 Worte’, das in den folgenden Tagen Tausende unterschreiben. Das Manifest ist eine Abrechnung mit zwanzig Jahren kommunistischer Herrschaft. Die Partei vertrete nicht die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und sei moralisch korrumpiert. Die Demokratisierung kann auf Dauer nur außerhalb der Partei gesichert werden. Das Manifest stellt den Sozialismus insgesamt in Frage.

Noch in der selben Nacht ruft Beschnew bei Dubcek an und verlangt „den sofortigen Angriff der Volksmilizen gegen die konterrevolutionären Kräfte“. Dubcek gehorcht nicht.

Breschnew ruft die Parteiführungen der Ostblockstaaten für den 14. Juli nach Warschau - unter Ausschluss Rumäniens. Dubcek und die Mehrheit im Präsidium des ZKs lehnen es ab, erneut vor

einem Tribunal zu erscheinen. Diese Weigerung empfindet die Moskauer Führung als Brüskierung und offenen Bruch.

Ulbricht ist in Warschau der Ansicht, dass „die Führung der KPTsch alleine nicht in der Lage ist, einen Ausweg zu finden.“ Auf dem anstehenden Parteitag sollen „alle marxistisch-leninistisch gesinnten Funktionäre ausgeschaltet werden“. Dem Polen Gomulka sitzt der Schrecken der Warschauer Studentendemonstrationen noch in den Knochen, wo skandiert wurde: „Polen wartet auf seinen Dubcek!“

Die Konferenzteilnehmer beschwören die tschechoslowakische Führung: „Die entschlossene Verteidigung der sozialistischen Ordnung in der CSSR ist nicht nur ihre, sondern auch unsere Aufgabe“.

Die SED-Führung ordnet in einem Brief an das Präsidium der KPTschen die Reformpolitik als „gegen die Lebensinteressen der Deutschen Demokratischen Republik gerichtet“ ein. Ulbricht lässt die Grenzkontrollen zur Tschechoslowakei verschärfen. In Dresden beginnt ein Radiosender Propaganda in tschechischer und slowakischer Sprache auszustrahlen.

Rumänien und Jugoslawien erklären ihre Unterstützung für den Reformkurs. Auch die einflussreiche kommunistische Partei Frankreichs spricht sich für das Recht eines jeden sozialistischen Landes auf eine eigene Innenpolitik aus.

Ende Juli sind die Vorbereitungen für einen Einmarsch abgeschlossen. Die 7. Panzerdivision der NVA mit Standort Dresden und die 11. Motorisierte Schützendivision Halle werden in Richtung Grenze verlegt. Im sowjetischen Hauptquartier im polnischen Lignica treffen zwanzig DDR-Soldaten ein, die den Funkkontakt zu den beiden Divisionen halten sollen. Der Befehl aus Legnica lautet: „Einzelne Einheiten der CSSR-Volksarmee, die konterrevolutionäre Kräfte unterstützen, sind zu entwaffnen. Anwendung von Waffengewalt erst nach Feuereröffnung der Gegenseite.“

In der DDR treffen per Bahn Truppen der Roten Armee aus Kanlningrad (Königsberg) ein.

Die sowjetische Führung versucht ein letztes Mal über politischen Druck die Führung der tschechoslowakischen KP wieder auf Linie zu bringen. Im slowakischen Grenzbahnhof Cierna treffen das Politbüro der KPdSU und die tschechoslowakische Führung zusammen. Breschnew, Kosygin und Podgorny stellen klare Forderungen auf: Rückkehr zur Pressezensur, Verbot der ‘antisozialistischen’ Clubs und der Sozialdemokratischen Partei, Wiederherstellung der Vormachtstellung der Partei sowie Entfernung von Reformpolitikern.

Dubcek macht Zugeständnisse und hofft in völliger Fehleinschätzung des Ernstes der Lage genug Zeit bis zum Sonderparteitag zu gewinnen.

Am 3. August treffen dann in Bratislava die Führungen der Warschauer Pakt Staaten ohne Rumänien zusammen und unterschreiben ein Protokoll, das die Ergebnisse von Cierna wiedergibt. Die unterschiedliche Interpretation des Protokolls, wann und in welchem Umfang Dubcek die Eingriffe vorzunehmen hat, führt schließlich doch zum Einmarsch.

Am 9. August wird Tito in Prag erwartet. Kurz vor seiner Landung ruft Breschnew bei Dubcek an und will wissen, wie es mit der Kontrolle über die Medien steht und ob die Aktivitäten der Clubs verboten sind?

Tito erhält von der Bevölkerung einen begeisterten Empfang. Einen Tag nach Titos Abreise treffen Ulbricht, Honecker, Stoph und Mittag in Karlsbad zu Gesprächen mit der tschechoslowakischen Führung ein. Ulbricht führt sich als Lehrmeister in Sachen Sozialismus auf. Alexander Dubcek schreibt in seinem Buch ‘Leben für die Freiheit’: „Walter Ulbricht war in der Tschechoslowakei neben Breschnew der unpopulärste ausländische Staatsmann. Deshalb bekam er keinen begeisterten Empfang. Ulbricht war ein irgendwann in der stalinistischen Zeit versteinertes Dogmatiker. Ich fand ihn persönlich abstoßend.“ Die Selbstherrlichkeit von Ulbricht spiegelt sich in seinen Worten bei der Pressekonferenz: „Wir sind ein oder zwei Stufen höher in der sozialistischen Demokratie, als das gegenwärtig in der Tschechoslowakei der Fall ist. (...) Als wir aus der Presse erfuhren, dass Sie eine Pressezensur abgeschafft haben, waren wir bei uns erstaunt. Wir haben nie eine Pressezensur gehabt“. Mit diesen Worten löste Ulbricht allgemeine Belustigung bei den versammelten Journalisten aus.

Am 13. August ruft Breschnew aus seinem Urlaubsort auf der Krim erneut Dubcek an und fordert die sofortige Umsetzung der Vereinbarungen Cierna und Bratislava und die Absetzung der Reformer Kreigel, Cisar und Pelikan. Dubcek versucht ihn hinzuhalten. Bei der sowjetischen Führung verstärkt sich der Eindruck, dass sie nicht mehr auf Dubcek setzen kann, um ihre Ziele durchzusetzen. Das sowjetische Politbüro kehrt nach Moskau zurück.

Am 17. August beschließt das vollzählig versammelte Politbüro der KPdSU den militärischen Einmarsch. Die anderen vier Interventionsstaaten werden informiert. Der Plan sieht einen Putsch des moskauhörigen Flügels Zentralkomitee in Prag und die Aussendung einer Bitte um 'brüderliche Hilfe' vor. Die Amerikaner werden informiert, dass der Truppenaufmarsch nicht gegen die NATO gerichtet ist.

Am 20. August findet in Dresden die Instruktion von 160 NVA-Offiziere statt. In Nordböhmen sollen Militär Kommandanturen der NVA aufgebaut werden. Ein einziger Teilnehmer spricht sich gegen den Einmarsch aus. Die Folgen seines Mutes sind Degradierung, Entlassung aus der Armee und Ausschluss aus der SED.

Die Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 bricht an. Operation 'Donau' beginnt. Das Präsidium des Zentralkomitees der KPTSch hat sich versammelt. Die moskautreue Gruppe um Bilak, Indra und Kolder hat ein Papier erarbeitet, dass der sowjetischen Kritik zustimmt. Sie wollen eine Abstimmung darüber erzwingen. Doch die Debatte zieht sich hin. Kurz vor Mitternacht klingelt das Telefon. Verteidigungsminister Dzur berichtet von der Invasion.

Die Nachricht schlägt wie eine Bombe ein. Damit hat Dubcek nicht gerechnet. Der Einmarsch wird mit einem Stimmenverhältnis von sieben zu vier verurteilt. Es ergeht die Anweisung an die tschechoslowakische Armee keinen Widerstand zu leisten.

Der stellvertretende tschechoslowakische Innenminister Salgovic arbeitet mit dem KGB zusammen. Ihm ergebene Einheiten der Staatssicherheit sichern die Landung der sowjetischen Maschinen.

Die sowjetischen Nachrichtenagentur TASS verbreitet bereits die Meldung über den Hilferuf hoher tschechoslowakischer Partei- und Staatsfunktionäre.

Doch der Putsch des moskauorientierten Flügels ist misslungen. Auch die Bildung einer 'revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung' unter der Regie des sowjetischen Botschafters scheitert. Präsident Svoboda weigerte sich, die Marionettenregierung anzuerkennen.

Alexander Dubcek, Regierungschef Cernik und Parlamentspräsident Smrkovsky, Kriegel, Spacek und der Prager Parteileiter Simon werden verhaften und mit einem Militärflugzeug in die Sowjetunion verschleppt.

Um 1 Uhr 30 kappt die Ostberlin Führung alle Verbindungen in die CSSR. DDR-Amateurfunken erhalten Sende- und Empfangsverbot. Vor Rügen und Usedom werden Kontrollstellen errichtet, um die tschechoslowakischen Urlauber unter Kontrolle zu halten. Reisende müssen sich in 'Sammelräume' begeben.

Doch die beiden NVA-Divisionen stehen immer noch an der Grenze und warten auf den Einmarschbefehl. Er kommt nicht. In letzter Minute muss der DDR-Führung oder dem Kreml eingefallen sein, dass genau vor dreißig Jahren schon einmal deutsche Truppen in die Tschechoslowakei einmarschiert sind. Nur der Funkertrupp aus Legnica ist mit dem sowjetischen Stab eingerückt. Allerdings haben DDR-Soldaten mehrfach die Grenze überschritten, um Transparente mit Parolen wie „1938 Hitler - 1968 Ulbricht“ zu entfernen.

Doch auch in der DDR selbst regt sich Protest. Sympathiebekundungen für den Prager Frühling werden nachts an Häuserwände gepinselt. Die Evangelische Kirche missbilligt den Einmarsch.

Das Ministerium für Staatssicherheit stellt in den ersten sechs Wochen 10.487 'Hetzschriften' sicher. Auch Kinder hoher SED-Funktionäre, wie der Sohn des stellvertretenden DDR-Kulturministers, protestieren gegen den Einmarsch. Es kommt zu 1.742 Anzeigen. Haftstrafen bis zu drei Jahre werden verhängt.

In der Tschechoslowakei entwickelt sich ein massenhafter ziviler Widerstand gegen die Okkupation und gegen jede Form der Kollaboration. Straßenschilder werden zur Desorientierung der

Besatzungssoldaten umgedreht. Viele Tschechen und Slowaken sprechen Russisch und erklären den Soldaten, dass sei niemand gerufen hat.

Durch schnelles und flexibles Agieren gelingt es Redakteuren und Technikern Zeitungen, Rundfunk und sogar das Fernsehen der Kontrolle der Besatzer zu entziehen. In einem großen Prager Industriebetrieb tritt am 22. August, geschützt durch die Arbeitermiliz, der Sonderparteitag der KPTsch zusammen. 1220 von 1542 gewählten Delegierten erreichen die Fabrik. Sie verurteilen den Einmarsch und wählen ein provisorisches neues 144köpfiges Zentralkomitee. Alle verschleppten Politiker werden wiedergewählt.

Der tschechoslowakische Außenminister Jiri Hájek weilte zum Zeitpunkt des Einmarsches auf Urlaub in Jugoslawien. Hájek reist nach New York zum UNO-Sicherheitsrat und sorgt dafür, dass der Einmarsch auf die Tagesordnung kommt.

Die Sowjet stecken in der Sackgasse. Ihr Versuch, über einen parteiinternen Putsch die KPTsch wieder unter Kontrolle zu bekommen, ist gescheitert. Das Ziel den Parteitag zu verhindern ebenfalls. Und sie können sich nicht auf einen kollaborationswilligen Staatsapparat stützen. Ihnen bleibt nur die Wahl eine Militärregierung zu installieren, was aber die Okkupation nur allzu deutlich werden lässt oder aber die verschleppten Politiker als legitime Verhandlungspartner anzuerkennen.

Die sowjetische Führung lässt die entführten Politiker in den Kreml bringen. Einzelnen werden die Prager Politiker mit Drohungen wie der Angliederung der Slowakei an die Sowjetunion eingeschüchert. Nur mit Frantisek Kriegel wollen die Russen nicht reden. Kosygin bezeichnet ihn als „galizischen Juden“.

Es kommt zum 'Moskauer Protokoll', das bis auf Kriegel alle anwesenden tschechoslowakischen Politiker unterschreiben. Der außerordentliche Parteitag wird für ungültig erklärt, die Zensur wieder eingeführt und die sozialdemokratische Partei verboten. Personelle Veränderungen in der Partei- und Staatsführung sind vorzunehmen. Die Stationierung von sowjetischen Truppen wird akzeptiert. Das Moskauer Diktat bestimmen die Sowjets. Die anderen vier Staaten, die den Einmarsch unterstützt haben, werden nur über das Ergebnis informiert. Der Wortlaut des Protokolls muss auf Druck des Kreml geheim bleiben. Damit ist der erste Schritt zum Bruch des Vertrauensverhältnisses zwischen Parteiführung und Bevölkerung der Tschechoslowakei vollzogen. Die 'Normalisierung' beginnt. Dubcek versucht noch monatelang dem Druck des erstarkten moskautreuen Flügels zu widerstehen.

Am 28. Oktober, dem Gründungstag der Tschechoslowakei, kommt es in mehreren Städten zu antisowjetischen Demonstrationen. Die Regierung setzt erstmals wieder Polizei gegen die Demonstranten ein. Dies vertieft das einsetzende Misstrauen der Bevölkerung. Doch breite Gesellschaftskreise sind nicht bereit, kampflos die errungenen Freiheiten aufzugeben. Betriebsräte werden gegründet und die Studenten führen einen Hochschultreik durch. Am 16. Januar 1969 setzt der Philosophiestudent Jan Palach mit seiner Selbstverbrennung ein verzweifelt Fanal. Zu seinem Begräbnis versammeln sich in Prag 150.000 Menschen.

Im März kommt es nach dem Sieg der tschechoslowakischen Eishockeymannschaft über die sowjetische auf den Straßen des Landes zu Jubelfeiern, die schnell politischen Charakter annehmen. Jetzt greifen die Sowjets durch. Dubcek muss als 1. Sekretär zurücktreten und Husak tritt an seine Stelle. Dubcek wird auf den Botschafterposten nach Ankara abgeschoben. Nachdem er heimlich in die Tschechoslowakei zurückkehrt ist, bekommt er eine Arbeit in der slowakischen Forstverwaltung zugewiesen, wo er jahrelang Kettensägen repariert.

Am ersten Jahrestag des Einmarsches bäumt sich noch einmal der Volkszorn auf. Husak setzt die Armee gegen die Demonstranten ein. Fünf Menschen sterben.

Das Land versinkt in Lethargie. Erst 1977 artikuliert sich in der Charta 77 wieder Kritik an der Friedhofsruhe - zweitausend Künstler und ehemalige Reformpolitiker unterschreiben.

Zwanzig Jahre nach dem Prager Frühling erkennt Gorbatschow die selben Mängel am System wie Dubcek. Glasnost und Perestrojka leiten das Ende des sowjetischen Systems ein. Ohne die Unterstützung aus Moskau brechen die Satellitenregime Osteuropas in kürzester Zeit zusammen.

Am 26. November 1989 stehen Alexander Dubcek und der Dissident Václav Havel auf einem Balkon am Wenzelsplatz, umjubelt von einer unübersehbaren Menschenmenge.

Am 1. Dezember 1989 bedauert die letzte DDR-Volkskammer die Unterstützung des Einmarsches und bittet Tschechen und Slowaken um Entschuldigung. Zwei Tage später stellt Gorbatschow fest, dass 1968 eine „Einmischung in die internen Angelegenheiten der Tschechoslowakei“ stattgefunden hat.

Gerhard Faul

(gedruckt in Märkische Oderzeitung, Nordkurier, Freie Presse, Südwest Zeitung, Darmstädter Echo, Nürnberger Zeitung u. a.)

Literatur:

Alexander Dubcek, Leben für die Freiheit, München 1993

Jan Pauer, Der Einmarsch des Warschauer Paktes, Bremen 1993

Lutz Prieß, Václav Kural, Manfred Wilke, Die SED und der Prager Frühling 1968, Berlin 1996

Rüdiger Wenzke: Die NVA und der Prager Frühling 1968, Berlin 1995

Mlynar, Zdenek: Nachtfrost. Das Ende des Prager Frühlings, Frankfurt 1988.

Copyright

Veröffentlichung und Abdruck nach Genehmigung möglich